

Dienstag 20. April 2021

Nummer 932

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Die Governance des Europäischen Verteidigungsfonds

Autoren: Sarah Brichet, Hugo Chouarbi, Marie Dénoue, Valérian Frossard, Armony Laurent, Nicolas Libert, Anne-Flore Magnuszewski, Pauline Maillard, Juliette Rolin



Der mit 7 Mrd. €, für den Zeitraum 2021-2027, ausgestattete Europäische Verteidigungsfonds soll das Entstehen einer europäischen verteidigungstechnologischen und -industriellen Basis erleichtern und dazu beitragen, die strategische Autonomie der Union zu erhöhen. Die Zusammenarbeit zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und der Europäischen Verteidigungsagentur wird für den Erfolg des Fonds entscheidend sein. Außerdem müssen die Institutionen den Herausforderungen, die für die Industrie entstehen,

voll Rechnung tragen.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : EGKS/Jubiläum **Stiftung** : Belarus - Gesundheit/Europa
Kommission : Neustart - Kriminalität/Vertrag - Impfstoff - MwSt. - Brexit/Ülster
Parlament : Zukunft/Europa - EU/UK **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen - Eurogruppe - Zertifikat/Gesundheit - Weltraum
Diplomatie : EU/AKP - China - EU/Welt **Gerichtshof** : Fischerei - Luftfahrt - Ungarn - Polen
EU-Rechnungshof : Elektromobilität **EZB** : Euro/Digitales **Europäische Agenturen** : Kriminalität **Deutschland** : Verteidigung - Wachstum
Frankreich : Terrorismus **Polen** : Menschenrechtsbeauftragter **Tschechische Republik** : Russland **Georgien** : Politische Einigung **Türkei** : Pressefreiheit
Ukraine : Spannungen/Russland - NATO **Europarat** : Kampf/Korruption - Impfstoff
IWF : Vorhersage/Europa **OECD** : Neustart **Kultur** : Oper/Paris - Oper/Warschau - Festival/Deauville - Ausstellung/Madrid - Photo/Italien - Design/Deutschland
Zweihundertster Jahrestag des Todes von Napoleon : Bonapartismus - Jugend

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

70 Jahre Vertrag von Paris



Am 18. April feierte die Union den 70. Jahrestages der Unterzeichnung des Pariser Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die EGKS war das erste Projekt, das dem europäischen Aufbau diente, an dem Belgien, Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg und die Niederlande beteiligt waren. Der Plan wurde vom französischen Außenminister Robert Schuman in seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 initiiert. Der Vertrag von Paris trat am 26. Juli 1952 für einen Zeitraum von 50 Jahren in Kraft und lief am 23. Juli 2002 aus... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Belarus: Chronologie einer Revolution

Die Europäische Union und die OSZE verurteilten am 16. April die Repressionen in Belarus und forderten die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, während das Regime dem europäischen Nachrichtensender Euronews verbot, im Land zu



senden. Um diese Krise zu verfolgen, die seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen vom August 2020 schwelt, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Italien und Belgien kündigten eine Lockerung der Beschränkungen ab dem 26. April an, und Reisen außerhalb Belgiens sind wieder erlaubt. Frankreich setzte Flugreisen von und nach Brasilien aus, um die Ausbreitung der Varianten aus diesem Land einzudämmen und verhängte eine Quarantänepflicht für Reisende aus Argentinien, Chile und Südafrika. Portugal kündigte das Ende der Reisesperre nach Brasilien und Großbritannien an und öffnete wieder Restaurants, Theater, Einkaufszentren, Gymnasien und Universitäten. In Deutschland verhängte die Stadt Köln eine Ausgangssperre. Um die Entwicklung der Situation in den europäischen Ländern zu verfolgen bietet Ihnen die Stiftung eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die Situation zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Finanzierungsstrategie für das Europäische Konjunkturprogramm



Die Kommission erläuterte am 14. April ihre Strategie zur Finanzierung des Konjunkturprogramms NextGenerationEU. Man wird bis 2026 bis zu 800 Mrd. € zu aktuellen Preisen an den Kapitalmärkten aufnehmen, d.h. durchschnittlich etwa 150 Mrd. € pro Jahr, die bis 2058 zurückgezahlt werden müssen. Zu den verwendeten Instrumenten gehören mittel- und langfristige Anleihen, von denen einige als grüne Anleihen ausgegeben werden, sowie kurzfristige Schuldtitel. Die Kommission hofft, das Darlehen im Juli auflegen zu können, wenn alle Mitgliedsstaaten den Eigenmittelbeschluss ratifiziert haben... [Fortsetzung](#)

Neue Strategien zur Bekämpfung von Kriminalität und Menschenhandel



Am 14. April stellte die Kommission ihre neuen Strategien zur Bekämpfung von Kriminalität und Menschenhandel vor. Sie betont den Einsatz neuer technologischer Werkzeuge zum Aufspüren von Cyberkriminalität und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Polizeibehörden, um den Kriminellen die Profitquellen abzuschneiden. Man betont auch, dass es wichtig ist die Nachfrage, die den Menschenhandel antreibt, zu verringern und das Geschäftsmodell der Menschenhändler zu zerstören und den Schutz der Opfer, insbesondere von Frauen und Kindern, zu verbessern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zusätzliche Lieferung von BioNTech-Pfizer-Impfstoffen im zweiten Quartal



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte am 14. April an, dass im zweiten Quartal weitere 50 Millionen Dosen Impfstoffe von BioNTech-Pfizer geliefert werden sollen. Diese Dosen sollten ursprünglich erst im vierten Quartal ausgeliefert werden. Damit steigt die Gesamtzahl der von BioNTech-Pfizer im zweiten Quartal gelieferten Dosen auf 250 Millionen. Sie verwies auf den Beginn der Verhandlungen für einen dritten Vertrag mit der Firma, um die Lieferung auf 1,8 Milliarden Impfstoffdosen für die Union im Zeitraum 2021-2023 zu erhöhen. Die Union hat am 14. April die Marke von 100 Millionen Impfungen überschritten... [Fortsetzung](#)

Vorgeschlagene Mehrwertsteuerbefreiung für wesentliche Güter und Dienstleistungen



Die Kommission schlug am 12. April vor, die Waren und Dienstleistungen, die sie und die EU-Einrichtungen und -Agenturen den Mitgliedstaaten und Bürgern in Krisenzeiten zur Verfügung stellen, von der Mehrwertsteuer zu befreien. Ziel ist es, begrenzte Budgets bei Beschaffungsmaßnahmen freizusetzen und die Effektivität von EU-Mitteln zu maximieren, die zur Bewältigung von Krisen, wie Naturkatastrophen und Notfällen im Gesundheitswesen, eingesetzt werden. Die Begünstigten dieser Maßnahmen können Mitgliedstaaten oder Dritte, wie nationale Behörden oder Institutionen, sein... [Fortsetzung](#)

Brexit: Treffen zum Nordirland-Protokoll

Der Vizepräsident der Kommission, Maros Sefcovic, und der britische Minister für EU-Beziehungen, David Frost, trafen sich am 15. April in Brüssel, um über die Umsetzung



des Nordirland-Protokolls zu sprechen, das die Briten abändern wollen. Maros Sefcovic bekräftigt das Engagement der EU für die Einhaltung des Karfreitags-Friedensabkommens und die Wahrung der Integrität des europäischen Binnenmarktes. Er betonte die Notwendigkeit, gemeinsame und nicht einseitige Lösungen zu finden, die in den durch das Austrittsabkommen eingerichteten gemeinsamen Gremien vereinbart werden. Die Diskussionen werden in den kommenden Wochen fortgesetzt... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Plattform der Konferenz über die Zukunft Europas



Die mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz über die Zukunft Europas ging am 19. April online. Sie wird den Bürgern die Möglichkeit geben, direkt zur Arbeit der Konferenz beizutragen, indem sie ihre Meinungen und Vorschläge zu den Themen hinterlassen, die sie für die Zukunft Europas für wichtig halten. Informationen wie dezentrale Veranstaltungen, europäische Bürgerpanels und Plenarsitzungen der Konferenz werden ebenfalls auf der Plattform aufgeführt... [Fortsetzung](#)

Votum für das Abkommen Großbritannien



Die Abgeordneten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und internationalen Handel des Europäischen Parlaments stimmten am 15. April für das Handels- und Kooperationsabkommen, das im Dezember 2020 von der EU und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde. Das Europäische Parlament wird eine endgültige Entscheidung treffen und eine begleitende EntschlieÙung in der Plenarsitzung zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt annehmen... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Die Wirtschafts- und Finanzminister diskutierten am 16. April über die wirtschaftliche Erholung, einschließlich der Fortschritte bei der Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses und der Vorbereitung der nationalen Konjunkturprogramme, die der Kommission bis zum 30. April vorgelegt werden müssen. Man nahm Schlussfolgerungen zur Kapitalmarktunion an und betonte, dass den KMUs Vorrang eingeräumt werden muss. Die Minister diskutierten auch über die Zukunft der europäischen Finanzarchitektur für Entwicklung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Eurogruppe



Am 16. April diskutierten die 19 Finanzminister der Eurozone über den digitalen Euro, die Ergebnisse der Frühjahrstagungen von IWF und Weltbank sowie die Transparenzpolitik der Eurogruppe. Sie diskutierten die Bankenunion mit ihren Kollegen aus Ländern außerhalb des Euroraums... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verhandlungsmandat für das "digitale grüne Zertifikat"



Der Rat hat am 14. April sein Mandat für Verhandlungen mit dem Parlament über den Vorschlag für ein digitales grünes Zertifikat angenommen, aus dem hervorgeht, ob eine Person gegen Covid-19 geimpft wurde, ob sie negativ ist oder sich von einer Erkrankung erholt hat, um die Sicherheit und die Freizügigkeit in der Union sowie in Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz zu erleichtern. Der Rat wollte einige Änderungen in den Vorschlag aufnehmen, darunter Klarstellungen zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung und zur Gewährleistung eines verstärkten Datenschutzes. Das Parlament soll sein Verhandlungsmandat auf der Plenarsitzung im April annehmen... [Fortsetzung](#)

Position zum Europäischen Raumfahrtprogramm für 2021-2027



Am 19. April hat der Rat in erster Lesung seinen Standpunkt zum EU-Raumfahrtprogramm für den Zeitraum 2021-2027 mit einem Budget von 14,8 Milliarden Euro festgelegt. Ziel ist es, den bestehenden Rechtsrahmen für die Raumfahrtspolitik zu vereinfachen und zu rationalisieren, den Sicherheitsrahmen des Raumfahrtprogramms zu harmonisieren, Regeln für die Steuerung des Raumfahrtprogramms der Union aufzustellen und über ein ausreichendes Budget zu verfügen, um die bereits gestarteten Programme fortzuführen und zu verbessern... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Neues Partnerschaftsabkommen mit AKP-Ländern



Die Europäische Union und die Organisation der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) haben am 15. April die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen abgeschlossen, das das Cotonou-Abkommen ersetzen soll. Das Abkommen, das noch von beiden Parteien unterzeichnet werden muss, legt den Rahmen für die wirtschaftliche, sektorale und politische Zusammenarbeit für die nächsten 20 Jahre fest. Beide Parteien stärken ihr Engagement für den Schutz von Frieden und Sicherheit, Menschenrechten, Demokratie und guter Regierungsführung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gespräch mit Angela Merkel und Xi Jinping



Der französische Präsident Emmanuel Macron, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Präsident Xi Jinping trafen sich am 16. April und tauschten sich über Fragen des Klimaschutzes und der Biodiversität aus... [Fortsetzung](#)

Treffen der Außenminister



Die Außenminister bekräftigten am 19. April ihr Bekenntnis zur territorialen Integrität der Ukraine vor dem "sehr beunruhigenden" Hintergrund der Verstärkung der russischen Militärpräsenz an der ukrainischen Grenze und auf der Krim. Sie forderten die russischen Behörden auf, Alexej Nawalny sofortigen Zugang zu medizinischen Fachleuten zu gewähren, denen er vertraut. Sie beschlossen neue Sanktionen gegen Einzelpersonen und Firmen, die mit dem Militärputsch in Burma in Verbindung stehen. Sie billigten Schlussfolgerungen zur Strategie für die Zusammenarbeit im indo-pazifischen Raum, zur integrierten Strategie der EU für die Sahelzone und zur Erneuerung der Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft. Sie besprachen auch die Situation in Georgien und Äthiopien... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Verbot des Fischfangs mit Schiffen, die Pulsbaumkurren verwenden



Der Gerichtshof der Union wies am 15. April die Berufung der Niederlande gegen das EU-Verbot des Fischfangs mit Schiffen, die Pulsbaumkurren verwenden, zurück, das 2019 beschlossen wurde und im Juni 2021 in Kraft treten soll. Die Niederlande vertraten die Auffassung, dass sich der EU-Gesetzgeber nicht auf die neuesten wissenschaftlichen Gutachten zu dieser Art des Fischfangs gestützt habe. Der Gerichtshof erinnert daran, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet ist, sich ausschließlich auf die verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse zu stützen und weist darauf hin, dass die Umweltrisiken der Praxis noch nicht vollständig bewertet worden sind... [Fortsetzung](#)

Ablehnung der Einsprüche von Ryanair gegen Beihilfen für andere Unternehmen



In zwei Urteilen vom 14. April wies das Gericht der Europäischen Union die Klagen der Fluggesellschaft Ryanair gegen die von Schweden und Dänemark erlassenen Beihilfemaßnahmen für SAS und gegen die finnische Bürgschaft für Finnair ab. Die Richter befanden, dass die Maßnahmen, die als Reaktion auf die Folgen der Covid-19-Pandemie beschlossen wurden, im Einklang mit dem Unionsrecht stehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Der Generalanwalt bekräftigt das Recht der nationalen Gerichte, Vorabentscheidungsersuchen zu stellen



Der Generalanwalt des Gerichtshofs vertrat am 15. April die Auffassung, dass "ein nationales Gericht jede nationale Gesetzgebung oder Gerichtspraxis außer Acht lassen muss, die seine Befugnis zur Vorlage von Fragen an den Gerichtshof beeinträchtigt". Er ist der Ansicht, dass die ungarischen Rechtsvorschriften, die es dem Obersten Gerichtshof erlauben, ein Vorabentscheidungsersuchen für rechtswidrig zu erklären und den Richter, der es gestellt hat, zu bestrafen, dem Vorrang des Unionsrechts zuwiderlaufen. Das Gericht wird sein Urteil in den kommenden Monaten verkünden... [Fortsetzung](#)

Der Generalanwalt ist der Ansicht, dass zwei polnische Gerichtskammern gegen das Unionsrecht verstoßen



In seinen Schlussanträgen vom 15. April vertritt der Generalanwalt des Gerichtshofs die Auffassung, dass die beiden neuen Kammern des polnischen Obersten Gerichtshofs, die Disziplinarkammer und die Außerordentliche Kontrollkammer, aufgrund der Art und Weise, wie ihre Mitglieder ernannt werden, möglicherweise nicht mit dem Unionsrecht vereinbar sind, da sie "in eklatanter Weise gegen die nationalen Rechtsvorschriften verstoßen". Das Gericht wird sein endgültiges Urteil zu einem späteren Zeitpunkt verkünden...
[Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Bericht zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge



Der Europäische Rechnungshof hat am 13. April einen Bericht über die Unterstützung der Kommission für den Aufbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge veröffentlicht. Man weist darauf hin, dass die EU zwar die Anzahl der Ladestationen erhöht hat, die Anzahl der Ladestationen jedoch ungleichmäßig über die Mitgliedsstaaten verteilt ist und die Bezahlssysteme nicht ausreichend harmonisiert sind. Man ist der Meinung, dass die Kommission sicherstellen muss, dass die EU-Mittel dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden...
[Fortsetzung](#)

EZB :

Bericht über die Konsultation zu einem digitalen Euro



Die Europäische Zentralbank hat am 14. April ihren Bericht zur öffentlichen Konsultation über einen digitalen Euro aus dem Jahr 2020 veröffentlicht. Auf die 18 von der EZB gestellten Fragen zu den Vorteilen und Herausforderungen eines digitalen Euro-Projekts sowie zu dessen möglicher Ausgestaltung und Nutzung gingen mehr als 8.200 Antworten ein. Die wichtigsten Erwartungen der Befragten an einen digitalen Euro sind Datenschutz, Sicherheit, einfache Handhabung, keine zusätzlichen Kosten und Offline-Nutzung...
[Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Bericht über die Bewertung der kriminellen Bedrohung in der Union



Europol veröffentlichte am 12. April seinen jährlichen Bericht zur Bewertung der Bedrohungslage in Bezug auf schwere und organisierte Kriminalität in der EU. Der Bericht stellt fest, dass zwei Drittel der Kriminellen regelmäßig auf Korruption zurückgreifen und 60 % der in der Union aktiven kriminellen Netzwerke bei ihren kriminellen Aktivitäten Gewalt anwenden. Der Bericht gibt einen Überblick über den aktuellen Wissensstand zu kriminellen Netzwerken, beschreibt die Faktoren im allgemeinen Umfeld, die die Kriminalität prägen, stellt die neuesten Entwicklungen in der schweren und organisierten Kriminalität vor und identifiziert die wichtigsten kriminellen Gruppen und Einzelpersonen...
[Fortsetzung](#)

Deutschland :

Verstärkung der US-Militärpräsenz



US-Verteidigungsminister Lloyd Austin kündigte am 13. April an, dass die Vereinigten Staaten ihre Truppen nicht, wie von Donald Trump angekündigt, aus Deutschland abziehen und darüber hinaus bis zum Herbst 500 zusätzliche Soldaten entsenden werden. Die Militärs, die auf den US-NATO-Stützpunkten im Raum Wiesbaden stationiert werden, sollen die bestehenden Fähigkeiten im Raumfahrt- und Cyber-Bereich erweitern...
[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Wachstumsprognosen nach unten korrigiert



In ihrer am 15. April veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose gehen die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute von einem Wachstum von 3,7 % im Jahr 2021 und 3,9 % im Jahr 2022 aus. Es wird erwartet, dass die Erholung nach Aufhebung der aktuellen Beschränkungen anhält, aber die erneuten Eindämmungsmaßnahmen während des Winters haben zu einer Abwärtskorrektur der Prognose für 2021 um 1 Prozentpunkt gegenüber der Herbstprognose 2020 geführt. Ökonomen erwarten eine Normalisierung der deutschen Wirtschaftsaktivität bis zum Ende des zweiten Quartals 2021...
[Fortsetzung](#)

Frankreich :

Bericht über den Fortschritt des Christchurch Appeals



Am 13. April präsentierten der französische Präsident Emmanuel Macron und die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern den Bericht über die Konsultation der Unterstützer des Christchurch Appeal, einer Initiative, die von den beiden Ländern nach dem Anschlag in Christchurch 2019 ins Leben gerufen wurde und die zehn Staats- und Regierungschefs sowie führende Vertreter digitaler Unternehmen und Organisationen zusammenbringt, um Terrorismus und gewalttätigen Extremismus im Internet zu bekämpfen. Der Bericht hebt die erzielten Fortschritte hervor und skizziert die Prioritäten für die kommenden Jahre: Unterstützung von anderen Internet-Akteuren zu gewinnen, Fortschritte beim Verständnis der Auswirkungen von Algorithmen zu machen und in der Lage zu sein, auf terroristische und gewalttätige extremistische Inhalte zu reagieren... [Fortsetzung](#)

Polen :

Entlassung des Menschenrechtsbeauftragten Adam Bodnar



Am 16. April gab das Verfassungsgericht dem Menschenrechtsbeauftragten Adam Bodnar drei Monate Zeit, um zurückzutreten. Seine fünfjährige Amtszeit war im September 2020 zu Ende gegangen, aber er war im Amt geblieben, weil es keine Einigung über die Ernennung seines Nachfolgers gab, was das Gericht für verfassungswidrig erklärte. Das Unterhaus stimmte dafür, einen Abgeordneten der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Bartłomiej Wroblewski, zum Nachfolger zu ernennen, aber die Ernennung muss vom Senat genehmigt werden, in dem die Opposition eine Mehrheit hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

Ausweisung von 18 russischen Diplomaten, die der Spionage verdächtigt werden



Die tschechische Regierung kündigte am 17. April die Ausweisung von 18 russischen Botschaftsmitarbeitern an, die als Agenten des GRU, des russischen Militärgesheimdienstes, identifiziert wurden. Der tschechische Geheimdienst habe "unwiderlegbare" Beweise für die Beteiligung der Agenten an der Explosion eines Munitionsdepots im Jahr 2014, sagte Premierminister Andrej Babis... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Georgien :

Politische Einigung unter der Schirmherrschaft der Union



Die EU fordert eine Behandlung für Alexej Nawalny. Der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, sagte am 18. April, er sei "tief besorgt" über den Gesundheitszustand des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny, der krank ist und sich im Hungerstreik befindet. Borrell betonte, dass die russischen Behörden für seine Sicherheit und Gesundheit verantwortlich sind und forderte sie auf, ihm "sofortigen Zugang zu medizinischen Fachleuten" zu ermöglichen, denen er vertraut. Während A. Nawalny am 19. April aus einem Gefangenenlager in ein Krankenhaus für Gefangene verlegt wurde, bekräftigten die Außenminister die Forderung des Hohen Repräsentanten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Türkei :

Journalist Ahmet Altan freigelassen



Die türkischen Behörden haben den Journalisten und Schriftsteller Ahmet Altan am 14. April freigelassen, nachdem das Kassationsgericht seine zehneinhalbjährige Haftstrafe aufgehoben hatte, die 2019 wegen Komplizenschaft mit der von der türkischen Regierung als terroristisch eingestuftem Gülen-Organisation verhängt worden war. Seine Freilassung kommt einen Tag, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden hat, dass seine Inhaftierung juristisch nicht zu rechtfertigen ist und dass seine Rechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Freiheit des Journalisten verletzt wurden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Europäische Unterstützung im Angesicht von russischen Militäreinsätzen



Am 16. April empfing der französische Präsident Emmanuel Macron seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj und bekräftigte "Frankreichs Verbundenheit mit der Einheit und Souveränität der Ukraine." Die beiden Staatsoberhäupter und Bundeskanzlerin Angela Merkel forderten Russland auf, seine an der ukrainischen Grenze stationierten Truppen abzuziehen. Aufrufe zur Deeskalation und Unterstützung der Ukraine waren in den

Tagen zuvor von US-Präsident Joe Biden, dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel sowie bei einem gemeinsamen Besuch der Außenminister Estlands, Lettlands und Litauens in der Ukraine geäußert worden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Treffen der NATO-Ukraine-Kommission



Am 13. April traf sich die NATO-Ukraine-Kommission im NATO-Hauptquartier in Brüssel, um die Lage in der Ukraine zu erörtern, nachdem das russische Militär an den Grenzen der Ukraine verstärkt wurde und die von Russland unterstützten Paramilitärs die Waffenruhe in der Ostukraine weiterhin verletzen. Die Verbündeten bekräftigten ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte Russland auf, seine Provokationen zu beenden und die Situation zu deeskalieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

GRECO Jahresbericht



GRECO, das Antikorruptionsgremium des Europarats, hat am 15. April seinen Jahresbericht veröffentlicht, der die Maßnahmen untersucht, die 2020 gegen das Aufkommen von Korruption in den Mitgliedsstaaten ergriffen wurden. Der Bericht verweist auf die Korruptionsgefahr aufgrund der zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Notmaßnahmen, die zu einer Machtkonzentration und zu Ausnahmen von den Grundrechten geführt haben. Laut dem Bericht haben die Mitgliedsstaaten bis Ende 2020 fast 40% der Empfehlungen zur Bekämpfung der Korruption von Parlamentariern, Richtern und Staatsanwälten umgesetzt... [Fortsetzung](#)

Aufruf zur Achtung der Rechte bei der Umsetzung eines "Impfpasses"



Die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejcinovic Buric, fordert die europäischen Regierungen auf, bei der Umsetzung eines "Impfpasses" Menschenrechtsstandards und gemeinsame Werte und Prinzipien zu beachten. Sie betonte die Bedeutung des Datenschutzes, die Verpflichtung der Staaten, den Zugang zu Impfungen zu gewährleisten und die Risiken für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit... [Fortsetzung](#)

IWF :

Bericht zum europäischen Wirtschaftsausblick



In einem am 14. April veröffentlichten Bericht zum wirtschaftlichen Ausblick für Europa prognostiziert der Internationale Währungsfonds für alle Länder des Kontinents ein Wachstum von 4,5 % im Jahr 2021. Der Bericht stellt eine V-förmige Erholung der europäischen Wirtschaft fest, betont aber, dass die Coronavirus-Varianten und das Tempo der Impfungen ein erhebliches Risiko für dieses Szenario darstellen... [Fortsetzung](#)

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

OECD :

Empfehlungen für das Wachstum



Der Bericht "Going for Growth 2021" der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der am 14. April veröffentlicht wurde, enthält Empfehlungen für die entwickelten Volkswirtschaften, um den Neustart zu beschleunigen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Gustavo Dudamel, neuer Musikdirektor der Pariser Oper



Der Venezolaner Gustavo Dudamel ist der erste lateinamerikanische Dirigent, der die Position des Musikdirektors an der Pariser Institution innehat. Er wurde am 16. April ernannt und wird sein Amt am 1. August bis 2027 antreten. Er tritt die Nachfolge von Philippe Jordan an, der an die Wiener Oper gegangen ist... [Fortsetzung](#)

Online-Oper nach Elfriede Jelinek

Das TR Warszawa Theater sendet am 24. April um 18:45 Uhr "Rechnitz. Der Würgeengel", eine Oper basierend auf dem Stück der Nobelpreisträgerin Elfriede

Deauville Osterfestival



Das Osterfestival in Deauville findet noch bis zum 8. Mai statt. Fünf Konzerte werden live auf der Website von France 3 Normandie, auf Facebook, auf der Plattform RecitHall und im Webradio des Music.aquerelle Festivals übertragen... [Fortsetzung](#)

Georgia O'Keeffe in Madrid



Bis zum 8. August zeigt das Museo Thyssen-Bornemisza in Madrid in Zusammenarbeit mit dem Centre Pompidou und der Fondation Beyeler die erste Retrospektive in Spanien von Georgia O'Keeffe, einer der führenden Vertreterinnen der nordamerikanischen Kunst des 20. Die Ausstellung zeichnet den künstlerischen Werdegang der Künstlerin seit den 1910er Jahren nach und zeigt 90 ihrer Gemälde... [Fortsetzung](#)

Italy Street Photo Festival



Die 4. Ausgabe des Italy Street Photo Festivals, der wichtigsten Veranstaltung für Straßenfotografie in Italien, findet dieses Jahr vom 23. bis 25. April online statt. Alex Majoli, von der Agentur Magnum, wird einen Vortrag halten. Auch für die Öffentlichkeit werden Workshops und Diskussionen angeboten, an denen professionelle Fotografen wie Tony Gentile, Stephanie Gengotti und Gabriele Croppi teilnehmen...
[Fortsetzung](#)

Die Online-Sammlung des Vitra Design Museums



Das Vitra Design Museum bietet seine vielfältige Sammlung von Objekten online an. Die Sammlung wird ständig erweitert und enthält detaillierte Informationen über die ausgewählten Objekte und die Designer, die sie geschaffen haben... [Fortsetzung](#)

Zweihundertster Jahrestag des Todes von Napoleon :

Napoleon und der Bonapartismus



In "Que sais-je ? Napoleon und der Bonapartismus" beschäftigt sich Arthur Chevallier mit dem Schicksal und der politischen Doktrin des Kaisers. Er zeichnet ein Bild dieser Gründungszeit des heutigen Frankreichs, indem er auf die Organisation der Gesellschaft und das Funktionieren des Staates zurückblickt. Er liefert eine noch nie dagewesene Analyse des Bonapartismus, die sich mit der Politik der meisten linken Regierungen deckt und die Wiederherstellung der Ideale von 1789 ermöglicht. Auf Deutsch bietet der Historiker Volker Ullrich eine vollständige Biographie Napoleons an... [Fortsetzung](#)

Wenn man mir die Geschichte von Napoleon erzählen würde



Viele Bücher über Napoleon sind für ein junges Publikum erhältlich. Das Buch "Secrets d'Histoire junior", herausgegeben von Larousse, dokumentiert das Leben Napoleons auf sehr anschauliche Weise für 8-11-Jährige. Auf Deutsch präsentieren Harald Pariger und Till Charlier ein Buch für 11-13-Jährige, das erklärt, was Napoleon in der europäischen Geschichte so wichtig machte... [Fortsetzung](#)

Agenda :

Apr

Videokonferenz
Treffen der Minister für europäische Angelegenheiten

22
Apr

22. April 2021
Videokonferenz
Treffen der Energieminister
Frankfurt am Main
Sitzung des EZB-Rats der Europäischen Zentralbank

23
Apr

23. April 2021
Videokonferenz
Treffen der Umweltminister
Videokonferenz
Treffen der Verteidigungsminister

26
Apr

26. April 2021
Videokonferenz
Treffen der Landwirtschaftsminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Thomas Hinzelin, Mathieu Moiroud, Anne-Célia Cordier,
Arthur Allier, Eléonore de Saint Sernin, Martin Muller

Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)